



Grüne für die Einrichtung eines Jugendhilfe-Stützpunktes in Ronnenberg

Neues Jugendkonzept auf gutem Weg

Die Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt und unterstützt die von der Beratergruppe gemachten Vorschläge und Vorstellungen. Inhaltlich ergeben sich unseres Erachtens aus dem Papier für den politischen Raum Handlungserfordernisse:

Die Einstellung eines Stadtjugendpflegers mit einer detaillierten und konkreten Arbeitsplatzbeschreibung hat für uns obere Priorität. Dieser Stadtjugendpfleger soll neben den im Konzept der Beratergruppe genannten Tätigkeiten folgende Aufgaben schwerpunktmäßig wahrnehmen:

- ▶ Er soll auf der Grundlage von Zielvorgaben bzw. Zielvereinbarungen durch oder mit dem Rat oder dem zuständigen Ausschuss die Umsetzung festgelegter Schritte des neuen Jugendkonzeptes koordinieren und steuern. Zentraler Aspekt hierbei nimmt für uns die Initiierung eines »Forums Jugendarbeit«, »Stadtjugendrings« (oder wie immer man dieses Gremium nennen mag) ein. Wenn hier die Kompetenz aller Vereine, Institutionen und Verbände, die Jugendarbeit und -hilfe vor Ort anbieten, gebündelt wird, versprechen wir uns von diesem Gremium hilfreiche Impulse zur Weiterentwicklung der Jugendarbeit. Der Stadtjugendpfleger leitet dieses Gremium hauptverantwortlich.
 - ▶ Darüber hinaus sehen wir den Stadtjugendpfleger verantwortlich für die Sicherstellung der erforderlichen Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen in der Jugendpflege sowie die Koordinierung von Jugendgruppenleiterausbildungen.
 - ▶ Des Weiteren soll er konzeptionellen und konkreten Arbeiten zum Aufbau eines Jugendzentrums sowie zur Entwicklung eines Freiflächenkonzeptes durchführen.
- Der Bericht weist – über den Auftrag

hinausgehend – auf Mängel bzw. Arbeitsfelder hin, die wir auch in der Vergangenheit angemahnt haben:

Es muss verstärkte Anstrengungen der Stadtverwaltung geben, die Präsenzzeiten der Mitarbeiter des Fachbereiches Jugend der Region Hannover (Allgemeiner Sozialer Dienst und Jugendgerichtshilfe) entscheidend zu erhöhen. Hierzu sind geeignete, besucherfreundliche Räume zu finden, Details mit dem zuständigen Fachbereich der Region abzustimmen, und konkrete Vereinbarungen zu treffen. Wir sind also für die Einrichtung eines Jugendhilfe-Stützpunktes in Ronnenberg – vorzugsweise in Empelde.

Wir befürworten und fordern die Einrichtung einer Stelle eines Streetworkers. Das gehört unseres Erachtens nach zur Jugendpflege und sollte Teil der offener-Tür-Arbeit des JUZ werden. Wir sind der Auffassung, dass aufsuchende Jugendarbeit mit Jugendlichen aus schwierigem sozialem Umfeld zusätzliche Professionalität braucht und nicht weniger. Diese Menschen sind nur wenig in das soziale Netzwerk von Familie, Schule, Vereinen und Gruppen eingebunden. Ein Streetworker könnte präventiv tätig werden und zudem ein wichtiges Bindeglied zu den sozialen Hilfen der Region sein. Wir sind hier für einen pragmatischen politischen Weg, wie ihn auch Barsinghausen eingeschlagen hat. Dort arbeitet mit gutem Erfolg ein Streetworker. Die Einrichtung dieser Stelle fand übrigens parteiübergreifende Zustimmung.

Die Marie-Curie-Schule als Aufenthaltsort bekommt in der Befragung denkbar schlechte Noten. Nur 0,5 % der Befragten

bevorzugen diesen als Freizeitort außerhalb der Unterrichtszeit. Hier ist von Seiten der Stadt massiv auf ein attraktiveres und vielgestaltigeres Ganztagsangebot hinzuwirken.

Ausdrücklich begrüßen wir den Vorschlag, alle 2 Jahre einen Jugendbericht zu erstellen. Auch eine Evaluierung der durchgeführten Maßnahmen durch QUBIC sehen wir – trotz der zu erwartenden Kosten – als eine sinnvolle und zielführende Maßnahme.

Nach ersten Diskussionen im Ausschuss für Bildung, Jugend und Soziales sehen wir das neu entstehende Jugendkonzept auf einem gutem Weg. Die Ratsfraktion ist der Auffassung, dass Jugendpflege nicht unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt werden darf, auch wenn die Haushaltslage unserer Kommune immer prekärer wird. Gute Jugendarbeit ist auch ein wichtiger Standortfaktor für eine Stadt wie Ronnenberg und ist immer auch die beste Investition in die Zukunft trotz anfänglicher Mehrkosten und erspart mögliche hohe Folgekosten.

Andreas Beichler, Grünes Ratsmitglied

RUNDBRIEF – WAS IST DRIN?

- | | |
|-------|--|
| S. 1: | Grüne für Jugendhilfe-Stützpunkt |
| S. 2: | Stirbt die bäuerliche Landwirtschaft aus? |
| S. 3: | Landschaftsschutz in der Region |
| S. 4: | Raus aus der Armutsfalle |
| S. 5: | Kommunal Finanzen im freien Fall |
| S. 6: | Grüne Ferienpass-Aktion |





Stirbt die bäuerliche Landwirtschaft aus?

Wenn wir als Nicht-Bauern, als Verbraucher an die Bauern denken; was interessiert uns am Bauern? In Wirklichkeit herzlich wenig, wenn wir ehrlich sind. Wir sind froh, mit der Arbeit in der Landwirtschaft nichts mehr zu tun zu haben – Kühe melken, Geflügel aufziehen, Unkraut hacken, Staub bei der Ernte schlucken – gut, dass das nicht unsere Arbeiten sind. Was interessieren uns als Konsument die Lebensmittel, die irgendwo und irgendwie erzeugt werden muss-



ten? Sie müssen verfügbar sein, sie sollen billig sein, sie sollen verträglich und gesund sein, sie sollen uns schmecken, ja nach Möglichkeit auch schon aufbereitet sein. Irgendwie hoffen wir im Stillen, dass die Milch, das Fleisch, die Eier, das Mehl, das Gemüse so erzeugt wurden, dass wir diese Lebensmittel mit ruhigem Gewissen zu uns nehmen können. Wenn wir einen Spaziergang unternehmen, freuen wir uns an einer abwechslungsreichen Landschaft und an reiner Luft – eine triste Maislandschaft mit güllegetränkter Luft erfüllt uns mit Unwohlsein. Intensivmastställe in Landschaftsschutzgebieten fallen uns störend auf. Insbesondere, wenn wir uns vorstellen müssen, dass in ihnen Tiere in qualvoller Intensivmast aufgezogen werden.

Welche Entwicklung zeichnet sich jedoch ab?

Es ist ein politisches Ziel, Lebensmittel so billig wie möglich anzubieten. Diese Entwicklung wird seit ca. 40 Jahren konsequent verfolgt. Die Landwirtschaft wurde in Zeiten der Überflussproduktion mit Hinweis auf die Weltmarktpreise unter Rationalisierungsdruck gesetzt. Der Agrarhandel und die Agrarverwaltung arbeiten

an diesem Ziel. Die Zahl der Bauernhöfe verringert sich seit Jahrzehnten stetig. Die Agrartechnik macht es möglich, dass immer weniger Menschen auf immer größer werdenden Höfen beschäftigt werden. Die Agrarchemie und -forschung sorgt dafür, dass immer mehr Ertrag pro Fläche, immer mehr Fleisch oder Milch je Tier erzeugt werden kann.

Ist dieser Prozess jedoch unbedingt weiter unbegrenzt zu begrüßen?

Wenn dieser Prozess in der Entstehung von agrarindustriellen Zuständen gipfelt, was geben wir als Verbraucher dann auf, welche Nachteile erleben wir hierdurch und was können wir alle möglicherweise dagegen tun?

Zunächst aber die Frage: Was ist industrielle Landwirtschaft? Kennzeichnend für eine industrielle Landwirtschaft sind schon die Begriffe Tierproduktion statt Tierhaltung und Pflanzenproduktion statt Pflanzenanbau. Beispielhaft ist der Vorgang, der sich in der Gegend Wietze bei Celle abspielt. Ein Investor (Rotkötter) baut einen Megageflügelschlachthof auf, der bei voller Auslastung 135.000.000 Hähnchen pro Jahr schlachten wird. Dafür benötigt er Zulieferer, das sind 420 Bauern, die jeweils in Intensivmastställen bis zu 40.000 Hähnchen, 7,4 mal im Jahr produzieren.

Diese Maßnahme wird von der EU, vom Land und der Kommune mit millionenschweren Subventionen direkt und indirekt gefördert. Die Landwirte, die sich auf diese Geflügelfleischproduktion einlassen, befinden sich in Abhängigkeit vom Schlachthof. Eine höchst fragwürdige Aktion da der Bedarf an Hähnchen in Deutschland bereits jetzt zu 100% gedeckt ist.

In der Getreide- und Gemüseproduktion zwingt der Preisdruck die Bauern, sich größere Flächen zuzulegen, um über die Fläche noch einen ausreichenden Gewinn zu erzielen. Die Flächen von aufgebenden Bauern werden von den überlebenden Bauern zugepachtet. Es entstehen auf diese Weise immer größere Betriebe, die keine Tierhaltung mehr betreiben und dies den Bauern überlassen müssen, die dann Massentierhaltung betreiben.

Was hat dies für uns Verbraucher zu bedeuten?

Es entstehen in unserer Landschaft immer mehr Tierfabriken, die auf Grund bestehender Gesetze durch die Kommunen und somit durch uns Bürger nicht zu verhindern sind. Die Tiere werden nicht tiergerecht sondern in qualvoller Enge – automatisch versorgt – gehalten. Erhebliche Emissionen durch Feinstaub, Ammoniak, Keime und Gülle entstehen. Bei Anzeichen von Erkrankungen einzelner Tiere werden für alle Tiere automatisch Antibiotika in die Nahrungskette eingemischt. Der Massenschlachtvorgang setzt Stresshormone frei. Das Fleisch dieser Tiere kommt dann auf unseren Mittagstisch.

Die Überproduktion trägt dazu bei, dass das Fleisch immer billiger wird. Diesem Preisdruck kann die herkömmliche bäuerliche Tierhaltung nicht standhalten. Der Handel jedoch kann die nun verbilligte Ware international anbieten und stört die Entwicklung einer eigenständigen und nachhaltigen Landwirtschaft in den Entwicklungsländern oder es werden ganze Wirtschaftskreisläufe zerstört. Zusätzliche Verarmung ist die Folge.

Die Getreidebetriebe sind gezwungen, sich teure Technik zuzulegen, um die Flächen Personal sparend bewirtschaften zu können. Sie setzen auf den zunehmend humusarmen Böden Kunstdünger ein und halten ihre Böden durch verstärkten Einsatz von Pestiziden wildkrautfrei. Das hat zur Folge, dass die hohen Erträge den Preis drücken – damit wird auch das Getreide für den internationalen Handel interessant. Die verheerenden Auswirkungen auf die Grundwasserqualität erklären sich hierdurch von selbst! Wir Verbraucher gehen in Zukunft durch eintönige Landschaften (in Tierfabrikbereichen Maisfelder, diese und Rapsfelder in der Nähe von Biogasanlagen, in Getreideanbaureichen Riesenerfelder einer Fruchtsorte). Die Schönheit und anschauliche Vielfalt unseres Lebensraumes geht verloren. Gülle macht das Atmen schwer. Wir essen pestizidbelastete Feldfrüchte. Von einer Einschränkung durch landwirtschaftlich verursachte Emissionen in die Atmosphäre ist gar nicht zu reden. Die Wasserverunreinigungen durch Nitrate werden zu-



nehmen. Die Umweltbelastungen durch die Landwirtschaft werden mit 13 % beziffert – ebenso hoch, wie durch die Autoabgase – davon zu 70 % durch die Tierhaltung. Artgerechte Tierhaltung können wir unseren Kindern nur noch im Zoo in nachgebauten Bauernhöfen zeigen. Unseren Bauern, die m. E. überwiegend die sogenannten konservativen Parteien gewählt haben, war wohl nicht bewusst,

dass diese Parteien »industriekonservative« Vorstellungen haben und mit bäuerlicher Landwirtschaft nichts anfangen können.

Die Regierungen werden von Lobbyisten beraten, die überwiegend aus dem Agrarhandel und der Lebensmittelindustrie stammen – auch die Agrarverwaltung setzt dieser oben genannten Entwicklung keinen nennenswerten Widerstand entgegen.

Die Grünen haben sich offiziell für die Erhaltung einer bäuerlichen Landwirtschaft und den Einfluss der Bürger auf die Agrarpolitik – zusammen mit allen großen Umweltverbänden – eingesetzt und werden das weiterhin tun, das sollte uns u. a. ein Beweggrund für unsere zukünftige Wahlentscheidung sein.

Hans-Jürgen Pein,
Vorstand Grüne Ronnenberg

Landschaftsschutz in der Region Hannover

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird von der Bevölkerung nach wie vor die höchste Kompetenz in ökologischen Fragen zugeschrieben. Im Klimaschutz, für den Ausbau regenerativer Energien, im Umwelt- und auch im Naturschutz sind wir der politische Treibsatz, bringen Innovationen voran. So ist es auch auf der Regionsebene.

Für den Naturschutz ist die Ausweisung von Schutzgebieten ein wichtiges Instrument. Die Region Hannover ist für die Ausweisung von Naturdenkmälern, Naturschutzgebieten, geschützten Landschaftsbestandteilen und Landschaftsschutzgebieten (LSG) zuständig. Landschaftsschutz ist zwar die schwächste Schutzkategorie im Naturschutzrecht, doch haben die LSG gerade flächenmäßig eine große Bedeutung. Sie sollen die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes erhalten und wieder herstellen, ein vielfältiges Landschaftsbild erhalten und dem Menschen die Erholung in der Landschaft sichern.

Je nach Charakter und Schutzzweck eines landschaftsgeschützten Gebietes ergeben sich spezielle Entwicklungsziele, Verbote und Handlungen, die eine Erlaubnis der Region erfordern. Das alles ist in einer besonderen Verordnung für jedes LSG festgelegt.

Neue und veränderte LSG-Verordnungen sorgen im Umweltausschuss regelmäßig für viel Diskussionsstoff. Häufigste Themen sind die Gebietsabgrenzungen (Baugebietsvorschauflächen) oder angebliche Beschneidungen der Landwirtschaft. Dabei sind die Fronten immer klar: FDP und CDU geht der Schutz oft zu weit, die Linke hält sich zurück und wir fordern die Ver-

waltung, wollen konsequenteren Schutz und mehr Fläche sichern.

In unserem Rot-Grünen Koalitionspapier ist festgelegt, dass Schutzgebiete einen wichtigen Beitrag für den Erhalt der Umwelt leisten. Um diesen Punkt mit Leben zu füllen, haben wir nach langen Verhandlungen mit unserem Gruppenpartner SPD die »Grundsätze des Landschaftsschutzes« durch die Regionsversammlung im Mai 2008 beschließen lassen.

Wichtigste Kernpunkte der Grundsätze sind:

Ökonomie geht nicht vor Ökologie. Landschaftsschutzgebiete sind keine Reserveflächen für Bauland und Gewerbe.

Sollten Teillöschungen von LSG nicht zu verhindern sein, sind diese nur durch Unterschutzstellung anderer schutzwürdiger Flächen zu kompensieren.

Ungenehmigte Nutzungen in LSG werden nicht aus dem Schutz entlassen, um Versäumnisse der Vergangenheit (Vollzugsdefizite) zu »lösen«.

Langsam scheint das Grundsatzpapier auch im Verwaltungshandeln zu wirken. Löschungen von Schutzgebietsteilen, nur damit ein Projekt umgesetzt werden kann, gehen ohne Flächenausgleich in der direkten Nähe politisch nicht mehr durch. Mit den Ergebnissen des in Arbeit befindlichen Landschaftsrahmenplanes liegen endlich auch hervorragende aktuelle Fachgrundlagen für die Neuausweisung von LSG vor. Das ist auch höchste Zeit, denn viele Schutzgebiete sind teilweise ungültig, weil sie auf Grundlage des längst abgeschafften Reichsnaturschutzgesetzes geschaffen wurden. Sie müssen dringend überarbeitet werden!

Auch die Flächen, die Teil des europä-

ischen ökologischen Naturwerkes »Natura 2000« sind (FFH-Gebiete), bedürfen dringend eines Schutzes, zumindest als Landschaftsschutzgebiet. Bei der Umsetzung dieses europäischen Rechtes liegt Niedersachsen und die Region weit hinten. Welche Bedeutung hat das für Ronnenberg?

Für Ronnenberg werden nun die LSG »Gehrdener Berg« und »Benther Berg-Südaue« von 1968 und 1969 überarbeitet und als neues LSG »Calenberger Börde II« ins Verfahren gegeben.

Erfreulich ist, dass schutzwürdige Flächen östlich und nördlich von Benthe ins neue LSG kommen. Gespannt sind wir auf die Verordnungsinhalte. Auch für die Ihme-Niederung liegen mit dem Landschaftsrahmenplan gute Grundlagen vor, dass auch hier die Altverordnung abgelöst werden kann. Wir rechnen in Kürze damit.

Zukünftig wollen wir Grünen in der Region Hannover deutlich mehr Tempo bei der Neuausweisung und Überarbeitung von Schutzgebieten. Da der Landschaftsrahmenplan fast fertig ist, gibt es keine Ausreden mehr für das bisherige Schnecken-tempo. Wir wollen auch schärfere Verordnungen, damit Mastställe wie im Wennigser LSG kaum noch möglich werden.

Und nur mit konsequentem politischem und behördlichem Handeln können wir Gewinne für Natur- und Landschaft und für die Menschen in der Region erreichen. Es reicht nicht, wenn ein guter Schutz nur auf dem Papier steht.

Ulrich Schmerson,
Grüne Regionsfraktion



»Raus aus der Armutsfalle«

Veranstaltung der Grünen Ronnenberg im Rahmen des »Grünen Tisches«

Am 26. Mai fand in der Theodor-Heuss-Schule in Empelde die erste Veranstaltung der Reihe »Der Grüne Tisch« statt. Das Thema war »Raus aus der Armutsfalle – Die grüne Grundsicherung: ein Leben in Würde und Chancen auf Arbeit für alle!«

Als Fachleute waren eingeladen: Brigitte Pothmer, Bundestagsabgeordnete und arbeitspolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Doris Klawunde, sozialpolitische Sprecherin der grünen Regionsfraktion und stellvertretende Regionspräsidentin, Sebastian Wertmüller vom DGB Niedersachsen-Mitte und Harald Memenga von Ver.di. Hannover.

Nach Informationen von Doris Klawunde gelten in der Region Hannover mehr als 15 Prozent der Einwohner als arm. Darunter sind 28 056 Kinder unter 14 Jahren. Deutschlandweit leben 11,8 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze. Von Armut sind Menschen betroffen, die weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens ihres Landes zur Verfügung haben. Der Anteil armer Menschen hat sich

in den letzten 10 Jahren um ein Drittel erhöht. Brigitte Pothmer stellte fest, dass viele Menschen nicht mehr aus der Armut herauskämen und diesen Zustand an ihre Kinder vererbten. Nach Meinung der Gewerkschaftsvertreter werde die Armut dank der Finanzkrise und deren Folgen in Zukunft noch zunehmen und verschärft durch Niedriglöhne, Leiharbeit und Ein-Euro Jobs.

Ferner reiche es nicht aus, nur Exportweltmeister zu sein, die Binnennachfrage müsse durch höhere Löhne ebenfalls angekurbelt werden. Dabei seien Mindestlöhne unabdingbar. Allerdings sollte eine Obergrenze von 10 Euro möglichst nicht überschritten werden, da sonst einige Branchen wegbrechen könnten. Im übrigen werde – laut Gewerkschaftsäußerungen – eine prozentuale Erhöhung der Tariflöhne, die nur niedrige Einkommen beträfe, von besser Verdienenden nicht akzeptiert.

Alle Fachleute waren sich einig, dass der Weg aus der Armutsfalle nur über eine



Brigitte Pothmer ist die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.



Der »Grüne Tisch« ist eine gemeinsame Veranstaltungsreihe der Grünen Ortsverbände Springe, Gehrden, Barsinghausen und Wennigsen.

gute Bildung und eine bessere Qualifizierung von Arbeitslosen führe. Die Qualifikation für Langzeitarbeitslose müsse länger andauern (nicht ein Excelkurs nach dem anderen) und sinnvoll sein, um ihnen wirkliche Chancen auf einen Arbeitsplatz zu eröffnen.

Man braucht aber auch vernünftig bezahlte Jobs für Menschen, die nicht höher qualifiziert werden können. Festgestellt wurde ferner, dass bei der jetzigen Haushaltspolitik des Bundes die Förderung von Bedürftigen (Behinderte/Obdachlose/Sozialleistungsempfänger etc.) nicht mehr im bisherigen Umfang durch die Kommunen gewährleistet sein werde.

Den Kommunen steht das Wasser bis zum Hals und sie versuchen, die Ärmsten vor dem Ertrinken zu retten. Das Ausbluten der kommunalen Finanzen muss aufhören, damit weiter auch freiwillige und gesetzliche Maßnahmen finanzierbar sind. Auch sollten Modelle zu einer neuen Verteilung von Arbeit mit Lebensarbeitszeitkonten oder Arbeitszeitverkürzungen entwickelt werden. Gerade hierzu entspann sich eine Diskussion mit den Besuchern der Veranstaltung. Brigitte Pothmer vertrat die Meinung, dass generelle Arbeitszeitverkürzungen nicht immer sinnvoll seien, z. B. in besonders kreativen Phasen des Arbeitslebens.

Da Kinder und Frauen besonders von Armut betroffen sind, bedarf es in diesem Zusammenhang spezieller sozialer und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.

Ein Resümee der Veranstaltung war: Es bedarf einer starken Bewegung innerhalb und außerhalb der Parlamente, um den Verarmungsprozess zu beenden.

**Regina Lupp und Jörg Rutzen,
Vorstand Grüne Ronnenberg**



»Kommunale Finanzen im freien Fall«

Veranstaltung der Grünen Ronnenberg im Rahmen des »Grünen Tisches«



Das Podium von links Sven-Christian Kindler, Raoul Schmidt-Lamontain, Regina Lupp, Charly Schatz-Wanek (als Moderatoren), Wolfgang Walther und Hans-Jürgen Klose.

Am Montag, den 21. Juni 2010 fand in der Marie Curie Schule in Empelde eine Diskussion zu dem Thema »Kommunale Finanzen im freien Fall« statt.

Auf dem Podium diskutierten Sven-Christian Kindler, Grüner Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Haushaltsausschusses, Raoul Schmidt-Lamontain, Fraktionsvorsitzender der Grünen Regionsfraktion, Wolfgang Walther, Bürgermeister der Stadt Ronnenberg und Hansjürgen Klose, Kreisverbandsvorsitzender des Sozialverbands VdK.

Es entwickelte sich eine lebendige Diskussion, wie die Einnahmesituation der Kommunen zu verbessern sei, um sie vor dem »Ausbluten« zu bewahren.

Sven-Christian Kindler erläuterte die Diskussion um die Gewerbesteuer aus Grüner Sicht: »Die Bundesregierung lässt in einer Gemeindefinanzkommission den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer mit eigenem Hebesatz prüfen. Als Grund wird die vermeintliche Konjunkturanfälligkeit der Gewerbesteuer ins Feld geführt. Die Gewerbesteuer ist jedoch besser als ihr Ruf,« so Kindler, »im Vergleich zur Körperschaftssteuer, die im Krisenjahr 2009

um mehr als die Hälfte einbrach, ist die Gewerbesteuer relativ stabil geblieben.

Statt die BürgerInnen in der Krise mit neuen Steuern zu belasten müssen wir die Gewerbesteuer weiter stabilisieren und stärken. Wir Grüne wollen den bereits mit der Gemeindefinanzreform im Jahr 2003 beschrittenen Kurs fortzusetzen und die Gewerbesteuer weiter verstetigen durch einen stärkeren Einbezug gewinnunabhängiger Elemente (z.B. der Fremdkapitalzinsen) in die Bemessungsgrundlage. Außerdem soll die Gewerbesteuer durch den Einbezug von Freiberuflern in die Steuerpflicht (bei Anrechnung auf die Einkommenssteuer) gestärkt werden.«

Es wurde auch kontrovers über die Gewerbesteuer diskutiert: von der kompletten Abschaffung bis zur Erweiterung der Gewerbesteuer auf freiberuflich Tätige.

Zudem forderten einige »Podiumsteilnehmer« einen höheren Spitzensteuersatz und eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer, um eine größere soziale Gerechtigkeit zu erreichen.

Weiter wurde über Möglichkeiten und Grenzen debattiert, kommunale Steuern – wie z.B. die Grundsteuer – zu erhöhen. Ebenso diskutierten die Teilnehmer des »Grünen Tisches« mit den Zuhörern über Modelle zur langfristigen Entschuldung

Grüne Forderungen:

- ▶ Die Gemeindefinanzkommission muss damit beauftragt werden, die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer – das heißt, den Einbezug von Freiberuflerinnen und Freiberuflern und eine stärkere Anrechnung der gewinnunabhängigen Elemente – zu prüfen.
- ▶ Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte durch die Abschaffung der Gewerbesteuer darf nicht noch mehr vorangetrieben werden. Bund, Länder und Gemeinden müssen unter anderem durch eine Stärkung der Gewerbesteuer in die Lage zu versetzt werden, nötige Zukunftsinvestitionen zu tätigen.
- ▶ Die Gewerbesteuer darf nicht durch kommunale Hebesatzrechte auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer ersetzt werden. Dies würde Bürgerinnen und Bürger in der Wirtschaftskrise mit einer regionalen Erhöhung der Einkommensteuer belasten und die Kaufkraft schwächen.

der Kommunen – um hier nur einige wichtige Diskussionspunkte zu nennen.

Große Kontroversen blieben aus. Es bestand hingegen Einigkeit darin, dass es notwendig sei, die Kommunen »als Keimzelle eines demokratischen Gemeinwesens« wieder handlungsfähig zu machen, um Bildung, sozialen Frieden, Wohlstand für breite Schichten und die Zukunftsfähigkeit dieses Landes nicht aufs Spiel zu setzen.

Für diese Ziele sollten Parteien, Sozialverbände, Kirchen und ALG II Empfänger gemeinsam kämpfen und entsprechende Forderungen an die regierenden Parteien stellen.

**Charly Schatz-Wanek,
Vorstand Grüne Ronnenberg**



Grüne Ferienpass-Aktion auf Kampfelder Hof



Zunächst musste das Getreide mit einer Handmühle gemahlen werden bevor es zu einem Sauerteig weiterverarbeitet wurde.

»Vom Korn zum Brot«

Am 23. Juli und 27. Juli 2010 sind wir mit je einer Schülergruppe von 6 bis 10 jährigen Kindern aus Ronnenberg zum Kampfelder Hof in Hiddestorf gefahren.

Dort hat uns eine Angestellte, Elisabeth Seiler, zunächst die verschiedenen Getreidearten gezeigt, die auf dem Heuboden – in Milchkannten dekoriert – zu sehen waren.

Die Kinder erkannten die unterschiedlichen Ährenformen und trennten mit der Hand oder der Faust die Körner von den Ähren. Dann lernten sie noch andere Möglichkeiten des Dreschens kennen, vom Altertum bis zur modernen Zeit.

Anschließend probierten sie verschiedene Varianten der Mehlherstellung aus: mit

einem abgerundeten Stein, mit Mahlsteinen und mit einer Handmühle.

Schließlich ging es in die Backstube, wo Frau Seiler den Kindern die Vorgänge des Backens nahebrachte. Nachdem den Kindern die Herstellung eines Vollkorn-Sauerteigs erläutert worden war, hatten sie Gelegenheit selber tätig zu werden. Es entstanden sehr kreative Teigformen wie Schnecken in unterschiedlichster Erscheinungsbildern, Brezeln, Igel, Mäuse, Schildkröten etc.

Die Kinder waren mit Begeisterung dabei, zumal sie wussten, dass sie hinterher ihre Erzeugnisse entweder essen oder mit nach Hause nehmen konnten.

Solange die kreativ gestalteten Backwaren im riesigen Ofen auf großen Blechen

backten, vergnügten sich die Kinder mit Spielen.

Zum Schluss wurden unsere Erzeugnisse aus dem Ofen geholt und auf dem Heuboden an einem gedeckten Tisch mit Butter, herrlichem Kräuteraufstrich oder verschiedenen Marmeladen verzehrt.

Nach etwa drei Stunden traten wir – bepackt mit unseren eigenen Kreationen – die Heimfahrt an. So ging ein sehr interessanter Vormittag zu Ende.

**Regina Lupp,
Vorstand Grüne Ronnenberg**

»Heuhüpfer« – Der Kampfelder Hof als außerschulischer Lernort

Wie wird aus Getreide leckeres Brot? Die Lämmer sind so süß, aber warum gibt es hier keine Kälber und Fohlen? Was sind die Herausforderungen der modernen Landwirtschaft?

Von 2005 bis 2014 hat die UN zur Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« (BnE) aufgerufen. Lernbauernhöfe als außerschulische Lernorte sind grundlegender Bestandteil der BnE. Hier wird Naturerfahrung mit allen Sinnen ermöglicht. Hier werden Folgen des eigenen Handelns erkennbar. Älteren Kindern und Jugendlichen bietet der Lernort die Möglichkeit, komplexe gesellschaftliche und ökologische Themen vor konkretem Hintergrund zu bearbeiten. Nutzen Sie den Kampfelder Hof als sinnvolle Ergänzung zu Kindergarten und Schule, wie im Bildungsplan der Kindergärten und im Lehrplan für Schulen vorgesehen. Mehr unter: www.heuhuepfer.de

Impressum – Vorstand

V.i.S.d.P.:

Regina Lupp,
Vorstandspräsidentin
Telefon 0511 433164
regina.lupp@
gruene-ronnenberg.de

Verena Kuhn
Vorstand
Telefon 0511 466863
verena.kuhn@
gruene-ronnenberg.de

www.gruene-ronnenberg.de



Kontakt zur grünen Ratsfraktion

Ruth Wenzel
Sieben-Trappen-Str. 1
30952 Ronnenberg
Telefon 05108 65 28
ruth.wenzel@
gruene-ronnenberg.de

Andreas Beichler
Zum Mühlenberg 14 b
30952 Ronnenberg
Telefon 0511 461130
andreas.beichler@
gruene-ronnenberg.de

Lisa Maack
Wallbrink 13
30952 Ronnenberg
Telefon 05108 923559
lisa.maack@
gruene-ronnenberg.de

Jens Williges
Stettiner Str. 7
30952 Ronnenberg
05109 8299
jens.williges@
gruene-ronnenberg.de